

01.02.2022 - Inflation: Daten, Erklärungen, Politik (Teil 3)

Energiepreise und Kosten der Naturzerstörung

von Ingo Schmidt

Die Armen sitzen bald im Kalten. Das Autofahren wird teurer. Und wahrscheinlich gehen in Deutschland bald die Lichter aus. Wenn die Politik nicht bald was unternimmt, um billiges Öl und Gas auf den deutschen, europäischen oder westlichen Markt zu bringen. Putin soll mehr liefern. Die Chinesen nicht alles aufkaufen. CO2-Steuer und Emissionshandel abschaffen, zumindest erstmal aussetzen.

Eine Mischung aus Sorge um Arme und Autofahrer, Katastrophenmeldungen und kruden Forderungen prägt eine Debatte, die noch vor einem Jahr undenkbar war: Warnungen vor den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Inflation im allgemeinen und der steigenden Energiepreise im besonderen.

Die vorgetragene Sorge um die Armen muss man nicht so ernst nehmen. Die konservativ-liberalen Stimmen, die den Kampf gegen die Inflation anführen, warnen noch viel lauter vor einer Lohn-Preis-Spirale, für die sich auch bei schärfstem Hinsehen keine empirischen Belege finden lassen, und einer Aufweichung der Schuldenbremse. Über Jahrzehnte haben sie eine Politik des Rückbaus von Löhnen und Sozialleistungen betrieben, die heute vielen das Bezahlen von Strom und Heizung schwer macht. Und wenn es ihnen wirklich um billige Energie ginge, würden sie den raschen und umfassenden Ausbau erneuerbarer Energien fördern.

Marktpreise und externe Kosten

Deren Preis ist in den letzten Jahrzehnten umso stärker gesunken, je mehr Windräder und Solarzellen installiert wurden. Auch diese hinterlassen einen ökologischen Fußabdruck, er ist aber deutlich geringer als bei der Förderung und Nutzung fossiler Energien. Werden die Kosten der Naturzerstörung eingerechnet, die ihrerseits via Dürre, Überflutungen und Stürmen zunehmend soziale und wirtschaftliche Kosten verursacht, sind fossile Energieträger schon seit langem nicht mehr wettbewerbsfähig. Sie konnten sich nur am Markt behaupten, weil ein Großteil der mit Förderung und Nutzung verbundenen Kosten externalisiert wurden. Seit Beginn der Industrialisierung.

Die selbsternannten Inflationswächter spielen ein falsches Spiel. Es geht ihnen nicht um den Kaufkraftverlust kleiner Leute oder um billige Energie. Es geht um einen Konflikt zwischen Kapital, dessen Verwertung an die Nutzung fossiler Energien gebunden ist, und solchem, das durch alternative Energie, Sonne, Wind aber auch Atomkraft betrieben

werden kann. Es geht um die drohende Abschreibung bestehender und die Expansionsbedingungen neuer Anlagen. Im Namen der Inflationsbekämpfung werden die Interessen des fossilen Kapitals artikuliert. Es richtet sich gegen CO₂-Steuern, Emissionshandel und öffentliche Infrastrukturinvestitionen, mit denen die Expansion «grünen Kapitals» gefördert werden soll.

Superzyklus und Absturz

In Sachen Ausstieg aus fossilen Energien sind steigende Preise ein zweischneidiges Schwert. Auf der Verbraucherseite stellen sie einen Anreiz dar, Energie einzusparen oder auf andere Energieträger umzustellen. Sofern sie entsprechende Wahlmöglichkeiten haben. Mieter entscheiden nicht über die Installation von Solarzellen, Eigenheimbesitzer schon eher. Wer mit dem Bus zur Arbeit und zum Einkaufen fährt entscheidet nicht über den Einbau einer Brennstoffzelle. Wer mit dem Auto fährt könnte auf Bus oder Fahrrad umsteigen. Aber gerade bei Autos zeigt sich: Spritfresser erfreuen sich steigender Beliebtheit? egal wie sehr über steigende Spritpreise gemeckert wird.

Auf der Seite der Investoren stellen steigende Preise einen Anreiz zur Ausweitung der Produktion dar. 2014 brachen weltweit die Ölpreise ein, in Nordamerika auch die Gaspreise. Danach ging es mit den Investitionen bergab. Die Produktion wurde im wesentlichen mit bestehenden Förderprojekten aufrechterhalten. Neue Projekte wurden kaum noch in Angriff genommen. Umgekehrt hatte der vorangegangene «Superzyklus» der Öl- und Gaspreise, der 1998 begonnen und nach 2001 rapide an Fahrt aufgenommen hatte, ganz neue Fördertechniken in die Gewinnzone gebracht: Ölschiefer, Fracking und Tiefseeförderung waren vor dem Superzyklus unrentabel. Viele Projekte, die während der Hochpreisjahre begonnen wurden, rutschten nach dem Ende des Zyklus wieder in die Verlustzone. Kein Investitionsanreiz bei Öl und Gas.

Investitionen und Unsicherheit

Aber auch nicht bei alternativen Energien. Deren Produktion hatte während des Superzyklus bei Öl und Gas stark zugenommen. Dem Gesetz der Massenproduktion folgend, fielen die Preise. Mit sinkenden Öl- und Gaspreisen fiel der Anreiz, auf alternative Energien umzusteigen, auf der Verbraucherseite weg. Deswegen verlangsamte sich der Aufbau der Produktionskapazitäten auch Solar- und Windkraftanlagen. Es kam zu einem allgemeinen Investitionsstau bei weiter steigender Energienachfrage. Das Wachstum der Weltwirtschaft seit der Großen Rezession 2008/2009 war nicht stark, aber stark genug um den Energieverbrauch wieder zu erhöhen.

Der Wiederanstieg der Energiepreise wird zumeist mit dem rasanten Nachfragewachstum

nach der Corona-Rezession in der ersten Jahreshälfte 2021 erklärt. Hier lohnt sich ein genauerer Blick auf den Kalender. Öl und Gas wurden seit April 2021 teurer. Da hatte die Rezession gerade erst begonnen und niemand konnte wissen, wie lange sie dauern würde. Im dritten Quartal gab es dann tatsächlich einen massiven Wachstumsschub, plus 9 Prozent, aber seither bewegen sich die Wachstumsraten mehr oder weniger im Zweiprozentbereich. Nicht gerade ein Nachfrageboom.

Trotzdem steigen die Energiepreise weiter. Ein Grund: Trotz wackliger Konjunkturlage sprudeln die Gewinn- und Vermögenseinkommen. Angesichts der Unsicherheit über künftige Entwicklungen, scheint es vielen Investoren sicherer, ihr Geld kurzfristig in spekulative Anlagen zu stecken, als langfristige Investitionen in Infrastruktur oder Produktionsanlage zu tätigen. Die Folge: ein massiver Anstieg der Wertpapier- und Rohstoffpreise seit der Corona-Rezession.

Im Energiesektor gibt es neben der allgemeinen Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung die noch viel größere Ungewissheit über die technologischen Grundlagen der künftigen Wirtschaftsentwicklung. Es ist ja nicht so, dass die Fürsprecher des fossilen Kapitals nicht wüssten, dass dessen Weiterbetrieb eskalierende ökonomische, soziale und ökologische Kosten verursacht, also genau die Kosteninflation, vor der sie beständig warnen. Sie würden nur gern noch etwas Profit mitnehmen, bevor sie ihre Anlagen dichtmachen.

Andererseits sind alternative Energieträger, was Produktion, Distribution und Technologien angeht, weit davon entfernt, über Nacht an die Stelle fossiler Energien treten zu können. Investitionen in innovative Technologien sind riskanter als solche in altgediente Verfahren. Kein Wunder, dass Fürsprecher alternativer Energien nach öffentlichen Investitionen rufen? eine Form der Risikoabwälzung. Und so manchen, vor allem naturwissenschaftlich Beschlagenen, ist wohl auch klar, dass keine noch so alternative Technologie den Ausstoß von Treibhausgasen ausreichend reduzieren kann, um den Klimawandel zu stoppen. Dazu bedarf es einer Verringerung der Energienutzung, nicht einer Umstellung der Energiequellen. Aber das Thema ist tabu.

Wahlmöglichkeiten und soziale Frage

Ein anderes Tabu: die Frage der Wahlmöglichkeiten. Investoren haben die Wahl zwischen kurzfristiger Spekulation und langfristigen Anlagen, zwischen fossilen und alternativen Energieprojekten. Wenn sie bei langfristigen Anlagen nach der öffentlichen Hand rufen und sich in der Zwischenzeit aufs Spekulieren verlegen, treffen sie damit eine Wahl? zulasten von Natur, Gesellschaft und wirtschaftlicher Stabilität. Damit zeigen sie, dass es besser wäre, wenn sie keine Wahl hätten. Zumindest nicht, was die

grundlegenden Entscheidungen über die Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit, die dabei verwendeten Technologien und den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur angeht.

Unterhalb der Investorenklasse gibt es noch jene, die nicht viel zu sagen, aber eine Menge Geld für Konsumzwecke auszugeben haben. Das tun sie denn auch, um denen, die noch weniger zu sagen und weniger Geld haben, das eigene Bessere vor Augen zu führen. Gern wählen sie große Häuser und Autos, in jüngerer Zeit gern auch mit Elektromotor und Fahrradträger auf dem Dach. Mit soviel selbstgewähltem demonstrativem Konsum ist kein ökologischer Umbau zu machen.

Und dann gibt es noch diejenigen, die wenig bis keine Auswahl haben, weil angesichts knapper Kasse eh klar ist, dass sie mit dem Bus fahren und vorzugsweise im Discounter einkaufen. Was ihnen bleibt ist die Angst vor der Inflation.

***Ingo Schmidt** ist Ökonom und leitet das Labour Studies Program *der Athabasca University in Kanada*.